

Istanbul „Europäische Kulturhauptstadt“

An den Ersten Bürgermeister der Großstadt
Istanbul Dr. Kadir Topbas Rathaus, Fatih
Istanbul
Türkei

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Topbas,

2010 darf Ihre Stadt, Bindeglied zweier Kontinente, zweier Kulturen, Schnittpunkt von Okzident und Orient, für ein Jahr den Ehrentitel „Europäische Kulturhauptstadt“ führen. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) verbindet damit die Hoffnung, dass Sie, sehr verehrter Herr Bürgermeister, nicht nur das Ereignis feiern, sondern diese Würdigung auch als Auftrag verstehen, sichtbar und verbindlich Wege einzuschlagen, bestehende Defizite im Verhältnis zu religiösen Minderheiten zu beheben.

In Istanbul gibt es rund 150 Kirchen, es gibt ein lebendiges christliches Gemeindeleben. Jedoch wird ihre kulturelle und rechtliche Existenz in einem Ausmaß unterdrückt und beschnitten, wie man es von einer Weltstadt mit Niveau nicht erwarten darf. Als Bürgermeister der größten Stadt der Türkei können Sie Zeichen setzen und auf die christlichen Kirchen und Gemeinden zugehen, was international höchste Beachtung und Anerkennung und national zu mehr Erkenntnis und zu Verständnis notwendiger Maßnahmen führen wird.

Bitte reichen Sie dem griechisch-orthodoxen Patriarchen Bartholomäus die Hand und nennen Sie ihn Ökumenischer Patriarch. Warum soll in der Türkei dem Ehrenoberhaupt der orthodoxen Christenheit dieser Ehrentitel weiterhin verweigert werden?

Stoppen Sie die Enteignungen christlicher Gemeinden in Istanbul und sorgen Sie für eine zeitnahe und wertgerechte Entschädigung enteigneter Immobilien. 2008 waren beim Europäischen Gerichtshof 14 Prozesse anhängig, in denen die griechisch-orthodoxe Kirche in Istanbul um die Rückgabe enteigneten Eigentums prozessierte. Die Urteile werden von der Türkei zwar anerkannt, aber die Rückgaben verschleppt und nicht wertgerecht umgesetzt.

Bitte weisen Sie Ihre Behörden an, schlitzohrige Schikanen zu beenden: 1998 wurde die St. Georgs-Kirche beschlagnahmt, die Schlüssel mussten der Polizei übergeben werden. Das dazugehörige Schulgebäude wurde vom Staat verkauft und vom neuen Besitzer zu einem Billardsaal ausgebaut. Laut türkischem Recht ist ein Billardsaal neben einem Gotteshaus nicht erlaubt.

Bitte setzen Sie sich bei Ihrer Regierung dafür ein, dass die Kirchen trotz jahrzehntelanger Proteste endlich eine eigene Rechtspersönlichkeit erhalten, um Verträge abschließen, Konten eröffnen und Personen beschäftigen zu können. Bitte weisen Sie Ihre Behörden an, Fairness im Umgang mit christlichen Stiftungen walten zu lassen und eine Umorganisation der Stiftungen zu ermöglichen. Weil Kirchen und christliche Gemeinden keine eigene Rechtspersönlichkeit haben, muss das Vermögen über Stiftungen verwaltet werden. Allein in Istanbul muss der Immobilienbesitz der griechisch-orthodoxen Kirche von 58 Stiftungen verwaltet werden. Für die nur noch 3.000 in Istanbul verbliebenen Griechen müssen 420 Personen als Stiftungsräte fungieren. Bisher lehnen die Behörden eine Umorganisation ab. Spekulation auf kostenfreien Erhalt der Immobilien im Erbfall aber wäre eine andere Form der Enteignung und zu tiefst unmoralisch.

Besuchen Sie das 1971 geschlossene Priesterseminar auf der Istanbul vorgelegenen Insel Heybali und erlauben Sie die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs. Mehrfach wurde die Wiedereröffnung angekündigt, sogar vom türkischen Staatspräsidenten. 2010 ist eine geeignete Gelegenheit, dieses Versprechen in die Tat umzusetzen.

Für den Annäherungsprozess zwischen der Türkei und Armenien wäre es eine große Geste, wenn auch ihr theologisches Seminar wiedereröffnet würde. Die größte christliche Gemeinde, die Armenier, können seit Schließung ihres theologischen Seminars in Istanbul 1969 keine Priester und Religionspädagogen mehr ausbilden. Wer in der Türkei als Priester seiner Gemeinde tätig werden will, muss türkischer Staatsbürger sein - und dennoch hat man die Priesterseminare schließen lassen. Damit ist die Existenz der gesamten Gemeinde gefährdet.

Bitte veranlassen Sie die Veröffentlichung eines monatlichen Berichts über den Stand der Verfolgung derjenigen bisher unbekannt Täter, die im August 2009 die Häuser armenischer und griechisch-orthodoxer Christen in den Istanbul Stadtvierteln Ferikoy und Kurtulus mit grünen und roten Schildern etikettiert hatten, was die Christen an die Vorgänge vor dem Pogrom an Christen 1955 erinnert.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Laufe des kommenden Jahres werden Ihre Stadt und Ihre Bürger versuchen, Istanbul bestes und schönstes Gesicht zu zeigen. Bitte lassen Sie die christlichen Gemeinden daran teilhaben. Würdigen Sie die Minderheiten in Ihrer Stadt und öffnen Sie Ihnen gleiche Rechte und Möglichkeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Bitte (auch unvollständig) einsenden an die: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt/M., Tel.: 069-420108-0, Fax: 069-420108-33, eMail: info@igfm.de, Internet: www.igfm.de, www.menschenrechte.de



